

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Holme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dählerbrück, Königsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Kadendorf, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil & Co., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 110

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 8 Reichspennig für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 40 Reichspennig — Offertgebühren 30 Reichspennig und Porto.

Halver
Freitag, den 12. Mai

Erscheint wöchentlich
mit 4 Gratisbeilagen. Bezugspreis monat
Mk. 1.85 einschl. 30 Pfg. Postgeb. u. 36 Pfg. Zustellgeb.
Postcheckkonto: Dortmund 2941.

1933

Krise in Oesterreich verschärft

Kabinettsumbildung und Wahlverbot in Oesterreich.

Die letzten Mittel der Parteiregierung Dörfel.

Dr. Dollfuß, von des österreichischen Zentrums und des Austromarismus Gnaden noch Bundeskanzler, hat zu den letzten Mitteln gegriffen, um den Ansturm der nationalen Opposition in Oesterreich abzuwenden. Er hat sein Kabinett „umgebildet“, wie man zu sagen pflegt, wenn eine Regierung lediglich einige Namenswechsel vornimmt und im übrigen alles beim alten läßt. So ist der frühere österreichische Bundeskanzler und jetzige Landeshaupmann von Niederösterreich, Dr. Buresch, an die Stelle des bisherigen Finanzministers Dr. Weidenhoffer getreten; Handelsminister ist der bisherige Präsident des Lebensmittelhändler-Verbandes, Söckinger, an Stelle von Tatoncic geworden; Tatoncic hatte sich hinreichend verdächtig gemacht, daß er von dem regierungstreuen zum oppositionellen Teil der Heimwehren übergeschwenkt war. Und schließlich übernimmt der frühere Vizekanzler Schumy das Innenministerium, das bisher von Bacherer verwaltet wurde.

Der zweite Versuch, die nationale Bewegung in Oesterreich in ihrem ganzen Umfange möglichst nicht an die Öffentlichkeit treten zu lassen, besteht in einer Verordnung der Regierung, wonach alle bis zum 31. Oktober d. J. fälligen Wahlen zu Landtagen und Ortsvertretungen kurzerhand verboten werden, und zwar mit der grotesken Begründung „zur Abwehr von wirtschaftlichen Schädigungen während der Fremdenaison“.

Auch dieses Mandat erinnert wie die Kabinetts-umbildung verzweifelt an die letzten Zeiten der Ära Brüning, in der das immer wieder erneute stürmische Verlangen der nationalen Opposition in Deutschland nach Neuwahlen einfach totgeschwiegen wurde. Herr Dollfuß glaubte sich zu diesem Wahlverbot anscheinend dadurch berechtigt, daß bereits ein Vorgang geschaffen wurde: am 24. Mai ist die Mandatszeit des tirolischen Landtags abgelaufen; die Wiener Regierung hat jedoch durch den tirolischen Landeshaupmann eine Vorlage auf Verschiebung der Landtagswahlen „bis zu den Neuwahlen für den Nationalrat“ einbringen und mit der jetzt noch bestehende mittel- und linkspartheilichen Mehrheit annehmen lassen.

Inquisitionsmethoden

sind der Regierung Dollfuß, deren neue Zusammensetzung dem heutigen politischen Empfinden des österreichischen

Volkes ebenso wenig entspricht wie die alte, inzwischen anscheinend ganz zärläufig geworden. Als jetzt der Reichstagsabgeordnete Theo Sabicht, Landesinspektor der NSDAP. für Oesterreich, in Wien einen Vortrag über „Deutschland und Oesterreich“ hielt, konnte ein Wiener Linkblatt mitteilen, die Polizei sei aufs strengste angewiesen, darauf zu achten, daß der Redner sich unter keinen Umständen mit der österreichischen Politik beschäftige! Abgeordneter Sabicht tat weder der Regierung noch der Polizei den Gefallen, den Anlaß zur Aufhebung der Versammlung zu bieten. Gleichwohl brach die Polizei einen geradezu

lächerlichen Zwischenfall

bom Baum, indem sie nach bereits einstündiger Dauer des Vortrages (!) plötzlich behauptete, die SA-Leute auf dem Podium seien trotz des Uniformverbotes „in Uniform“ erschienen, weil sie — weiße Hemden trugen! Die Polizei zwang die Weißhemdbeten, Mäntel anzuziehen.

Lächerlichkeit tötet, aber nicht im parteipolitisch regierten Oesterreich des Herrn Dollfuß.

Zustrom zu deutschen Schulen in Ostoberschlesien.

Der „Erfolg“ der polnischen Propaganda.

Der 5. Mai war der Termin, an dem in Ostoberschlesien die Ummeldungen der Kinder aus den polnischen in die deutschen Minderheitenschulen und umgekehrt vorgenommen wurden. Obwohl der Westmarkenverein und die Aufständischen bekanntlich alles darangesetzt hatten, die deutschen Eltern an den Ummeldungen zu hindern, ist eine Verdoppelung der Ummeldungen von Kindern aus den polnischen Schulen in die deutschen Minderheitenschulen gegenüber dem Vorjahr erfolgt.

Die polnische Presse sucht diesen Mißerfolg der polnischen Propaganda dadurch zu erklären, daß sie behauptet, die Zahl der Ummeldungen sei sehr gering. Andererseits zeigt man sich aber verwundert, daß zahlreiche deutsche Eltern „bei der außerordentlichen wirtschaftlichen Notlage“ Ummeldungen ihrer Kinder vorgenommen haben. Diese Bemerkung der polnischen Presse zeigt deutlich, mit welchen Mitteln man gegen die deutschen Eltern vorzugehen gedenkt, die es gewagt haben, auch weiterhin ihrem Deutschum treuzubleiben.

Nach französischen Mitteilungen soll der Artikel des Reichsaussenministers v. Neurath über die Grundbedingungen der deutschen Abrüstungspolitik eine große Rolle gespielt haben. Von verschiedenen Seiten sei hierbei auf die Tragweite dieser deutschen Ausführungen und deren Rückwirkungen auf die Konferenz hingewiesen worden. Wie verlautet, soll jetzt bei den Engländern der Plan bestehen, das Abrüstungsabkommen artikelweise mit Abstimmungen über jeden einzelnen Artikel durchzuberaten, dann über die deutschen Änderungsanträge hinwegzugehen und schließlich ohne Berücksichtigung der deutschen Forderungen zur Ausarbeitung des von der überwiegenden Mehrheit der Konferenz getragenen allgemeinen Abrüstungsabkommens zu gelangen, das dann der deutschen Regierung zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt werden wird. Man erwartet, daß Deutschland dadurch isoliert und schließlich gezwungen würde, das von der Konferenz ohne praktische Mitwirkung Deutschlands ausgearbeitete Abrüstungsabkommen schließlich doch anzunehmen.

Rosenberg vor der englischen Presse

Dr. Rosenberg empfing am Donnerstagnachmittag in London die englische Presse im Claridge-Hotel und hielt einen längeren Vortrag in deutscher Sprache, wobei er an die englische Presse appellierte, der deutschen Entwicklung Verständnis entgegenzubringen.

Deutschland wünsche keine Aufrüstung, sondern wolle sein Geld für die Schaffung von Arbeit und Brot verwenden. Aber es hoffe ebenso bestimmt, daß die Verpflichtung auf Abrüstung nunmehr auch nach so langer Dauer der Abrüstungskonferenz eingehalten werde, so wie Deutschland seinerseits die ihm auferlegten schweren Verträge erfüllt habe.

Frankreichs schwere Verantwortung

Am Donnerstag ist der italienischen Kammer der Bericht über den Haushalt des Außenministeriums für das Jahr 1933/34 zugegangen. In dem Schriftstück wird u. a. der Mussoliniplan wiedergegeben.

Mit diesem Plan, so heißt es u. a. in dem Bericht, hat der italienische Regierungschef abermals seinen festen Friedenswillen bewiesen. Wenn dem Gedanken des Mussolini-Planes nicht die politische Mitarbeit so gewährt wurde, wie dies zur Erhaltung des Friedens unerlässlich ist, so fällt die schwere Verantwortung weder auf seinen Urheber noch auf Italien, wenn ein neuer Krieg ausbrechen sollte, sondern auf diejenigen, die diesen Gedanken und den Plan zu Fall gebracht haben.

Eine Frucht der Pariser Gehpropaganda.

Die deutschen Wehrverbände als Verbände militärischen Charakters erklärt.

Der Effektivausschuß der Abrüstungskonferenz hat in einer ersten vorläufigen Abstimmung beschlossen, die im Reichsministerium für Jugend-erleichterung zusammengefaßten deutschen Wehrverbände nebst Stahlhelm, SA. und SS-Organisationen als Verbände militärischen Charakters zu erklären (!).

Gegen den Antrag stimmten Deutschland und Ungarn, für den Antrag England, Frankreich, Polen, Tschechoslowakei, Südslawien, Rumänien, Holland, Portugal und Belgien. Die Vereinigten Staaten, Italien, Oesterreich, Spanien, Schweden, Finnland, Japan und die Türkei enthielten sich der Stimme.

Scharfer deutscher Protest.

Gegen den Beschluß des Effektivausschusses wurde von deutscher Seite sofort ein energischer Protest angemeldet und darauf hingewiesen, daß der Ausschuß ohne jede Begründung ein neues Verfahren angewandt habe. Der Ausschuß hätte sich eigentlich nur mit der Frage der militärischen Ausbildung in den Wehrverbänden befassen dürfen. Tatsächlich wäre er jedoch auf Grund völlig unhaltbarer Kriterien zu einer Bewertung der deutschen Wehrverbände gelangt, die in schroffem Gegensatz zur Wirklichkeit stünde. Der deutsche Vertreter legte ferner scharfen Protest gegen das Vorgehen des Vertreters Frankreichs ein, daß jetzt bei der Behandlung der deutschen Wehrverbände mit Zahlen operiert würde, die keineswegs einen amtlichen Charakter hätten. Die von Frankreich angegebenen Zahlen führten zu einem völlig entstellenden Eindruck der tatsächlichen Lage.

Der Vertreter Italiens schloß sich völlig der deutschen Auffassung an und verlangte nachdrücklich, daß die deutschen Wehrverbände nicht als militärische Organisation erklärt würden. Italiens Stimmenthaltung ist auf dem Standpunkt der italienischen Regierung zurückzuführen, eine jede sachliche Stellungnahme in den Verhandlungen des Ausschusses abzulehnen. Allgemein fiel jedoch die Stimmenthaltung Oesterreichs auf, für die keinerlei offizielle Begründung angegeben wurde (!).

„Was den anderen recht ist, ist Deutschland billig.“

Der Reichsaussenminister über die deutschen Gleichberechtigungsforderungen.

Reichsaussenminister Freiherr v. Neurath befaßt sich in der Leipziger Illustrierten Zeitung mit Deutschlands Politik auf der Abrüstungskonferenz. Er gibt einen Überblick über die bereits mehr als 15 Monate dauernden Verhandlungen, stellt fest, daß Deutschlands These stets dieselbe geblieben sei, nämlich Abrüstung der hochgerüsteten Staaten und deutsche Gleichberechtigung, und erklärt dann zum Schluß u. a.:

„Es ist der Versuch gemacht worden, Deutschland wegen seiner Forderung auf Gleichberechtigung in der Wehrfrage in der Welt anzuschwärzen und des Willens zur Aufrüstung zu verdächtigen. Wer sich weigert, die im Versailler Vertrag Deutschland auferlegten Rüstungsbeschränkungen für sich selbst zu übernehmen, hat kein Recht, gegen Deutschland solche Vorwürfe zu erheben. Diese Vorwürfe fallen auf alle diejenigen zurück, die es während der langen Verhandlungen der Abrüstungskonferenz immer wieder abgelehnt haben, die Maßstäbe der deutschen Abrüstung auf sich selbst anzuwenden. Die deutsche Politik wird sich von solchen Verdächtigungen auch keineswegs beeinflussen lassen. Ihr Standpunkt ist moralisch und rechtlich völlig einwandfrei. Was den anderen recht ist, ist Deutschland billig. Lebensrecht und Freiheit des deutschen Volkes können nicht mit anderem Maß gemessen werden als bei anderen Völkern.“

Die Zinsfrage für die Landwirtschaft.

Eine Unterredung zwischen Eugenberger und Darre.

In einer Mitteilung der agrarpolitischen Pressestelle des Amtes für Agrarpolitik bei der Reichsleitung der NSDAP. heißt es u. a.: „Auf Wunsch des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Eugenberger, fand eine unverbindliche Zuhörungsnahme in der Entschuldungsfrage statt. An der Unterredung nahmen seitens des Reichsernährungsministeriums teil: der Herr Reichsernährungsminister, der Staatssekretär von Rohr, sowie der für die Entschuldungsfragen zuständige Sachberater Ministerialrat Harmerling. Seitens des Amtes für Agrarpolitik der NSDAP. nahmen teil: der Amtsleiter Darre, der Sachberater für Entschuldungsfragen, Domänenpächter Wacke, M. d. L., und der 1. Adjutant des Amtsleiters Freiherr von Zepelin. Die Unterredung führte zu keinem abschließenden Ergebnis.“ Die Verhandlungen drehten sich in erster Linie um die Zinsfrage. Das Ministerium hält aus kredittechnischen Gründen einen Zinssatz von vier Prozent und 1/2 Prozent für Amortisation für notwendig, während das Amt für Agrarpolitik zwei Prozent Zinsen bei der Abtragung der Kapitalschuld für möglich hält. Über das Ziel der Zinsenkung als solche besteht Übereinstimmung.

Endkampf in Genf.

Pferdegeschirre als Beweis für Deutschlands Kriegsbereitschaft.

In der Genfer „Abrüstungskonferenz“ wurde der Kampf gegen die deutschen Wehrverbände auf der ganzen Linie fortgesetzt. Den Angriff eröffnete der polnische General Burchard, der seine persönlichen Erfahrungen bei den polnischen Aufständischenverbänden in der Verschleierung von Waffenträgern und militärischen Übungen, wie z. B. dem Verbergen von Gewehren in Violinfällen, zum besten gab. Ferner stützte dieser polnische Sachverständige für ungescheit militärische Verbände seinen Angriff gegen die deutschen Wehrverbände auf die geplante Einführung des

Freiwilligen Arbeitsdienstes,

der nach polnischer Auffassung tatsächlich die „Einführung der allgemeinen Wehrpflicht“ in Deutschland bedeute. Ähnlich törichte Behauptungen stellten auch ein englischer und ein belgischer General auf; sogar Pferdegeschirre (!) mußten dabei als Beweis für Deutschlands Kampfbereitschaft herhalten.

Der deutsche Vertreter General Schönheinz trat mit Entschiedenheit diesen rein tendenziösen Angriffen entgegen und wies überzeugend nach, daß nach den von den Ausschlußmitgliedern vorgebrachten Merkmalen jeder Regellub und jeder Gefangene, ja

sogar die Heilsarmee

als „Organisationen militärischen Charakters“ erklärt werden müßten.

Der überwiegende Eindruck in Genf geht nach übereinstimmender Beurteilung dahin, daß die französische Staatengruppe einen offiziellen Beschluß über den militärischen und kriegsmäßigen Wert der deutschen Wehrverbände braucht, um damit in der maßlos betriebenen Gehpropaganda gegen Deutschland neues Material zur Verfügung zu haben.

Unerhörte Druckmittel gegen Deutschland.

Die von Präsident Henderson einberufene Fünfmächtebesprechung in Genf, an der die Abordnungsführer der fünf Großmächte teilnahmen, und die von beteiligter Seite als streng geheim erklärt wurde wurde um 19.30 Uhr für kurze Zeit unterbrochen.

Die gesamte internationale Presse verfolgt diese für das weitere Schicksal der Abrüstungskonferenz entscheidende Besprechung mit der allergrößten Spannung, da nach allgemeiner Beurteilung jetzt das Schicksal der Abrüstungskonferenz und im Zusammenhang damit weitesttragende politische Folgen auf dem Spiel stehen.

Gegen das volksfremde — für ein deutsches Recht.

Eine große Kundgebung unter dem Motto „Für deutsches Recht“ findet am 12. Mai im Sitzungssaal des Preussischen Landtages statt. Die Veranstaltung ist vom preussischen Justizminister Kertl und dem Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern, Dr. Frank II., einberufen worden.

Aus der raschen Folge der Dinge, aus der Fülle der gesetzgeberischen Arbeiten unserer wirksamen Zeit ragt die Zuangriffnahme einer umfassenden Rechtsreform hervor. Der bayerische Justizminister Dr. Hans Frank II. ist in das Reichsministerium der Justiz als Facharbeiter für die gesamte Rechtsreform berufen worden. Damit ist wieder die Frage nach einer grundsätzlichen Änderung unseres Rechtslebens in das grelle Licht der Öffentlichkeit getreten. Zum vorübergehenden Unterschied von früheren Bestrebungen dieser Art weiß man dieses Mal das eine voraus, nämlich daß schnell gearbeitet und gehandelt wird. Die jetzt in aller Eile und mit der größten Energie bereits aufgenommenen Arbeiten werden schneller zum ersehnten Ziele führen, als die seit 30 Jahren währende und immer wider zur Ergebnislosigkeit verurteilte Strafrechtsreform. Gerade diese Strafrechtsreform zeigt mit abschreckender Deutlichkeit, wie man preisend mit viel schönen Reden nicht zum Handeln kommt.

An der Spitze der kommenden Rechtsreform steht Punkt 19 des nationalsozialistischen Parteiprogramms. „Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.“ Haben wir denn heute kein deutsches Recht? Sind denn unsere Gesetzbücher nicht in deutscher Sprache geschrieben, tragen sie denn keine deutschen Namen, wird denn nicht in unserer Muttersprache gerichtet und geurteilt? So wird man stutzig fragen — und trotz alledem ist unser Recht nicht deutsch. Seit der Rezeption des römischen Rechts denken unsere Juristen römisch, sind unsere Gesetzbücher römischen Geistes. Dieser für uns Deutsche unheilvolle geschichtliche Vorgang der Aufnahme des römischen Rechts begann mit dem 16. Jahrhundert. Dieses folgenschwere Geschehnis muß man sich immer vor Augen halten, denn langsam, aber sicher wurde unserem Volke ein fremdes Recht aufgepfropft. Dabei handelt es sich nicht um das immerhin kraftvolle altrömische Recht, das von uns angenommene Rechtssystem war vielmehr ein entartetes orientalisches Mißrecht, so wie es von einer europäisch-orientalischen Mischlingsbevölkerung gebraucht wurde.

Der grundlegende Irrtum jener Tage war: man dachte, daß das von Rom geschaffene Recht auch für jedes andere Volk passe. Das ist falsch, denn Recht kann nur aus einer Gemeinschaft für diese Gemeinschaft geboren werden. Das ist gerade der Sinn des Rechtes. Gewiß, das römische Recht wurde bei uns Gesetz, aber es wurde nicht Recht. Wie man so gern in dem Esperanto eine Weltprache konstruieren will, so wollte man damals der ganzen Welt ein Recht geben. Beide Male legte man sich über die Gegebenheiten des Volkstums hinweg und — arbeitete im luftleeren Raum.

Im Mittelpunkt der künftigen Rechtsreform wird eine Umbildung des bürgerlichen Gesetzbuches stehen. Dieses Werk war gewiß zu seiner Zeit ein Meisterwerk, denn erst mußte Deutschland überhaupt wieder unter den gleichen Hut eines Gesetzes gebracht werden. Wie damals die Schaffung gleichen Rechtes für alle die verschiedenen deutschen Stämme eine geschichtliche Notwendigkeit war, so ist es Aufgabe unserer heutigen Zeit mit ihrer rassengesetzlichen Rechtslehre, das in das bürgerliche Gesetzbuch aufgenommene römische Recht auszumergen und durch deutsches Rechtsgut zu ersetzen. Man wird dabei nicht blindlings und schematisch vorgehen. Der Gedanke einer nationalen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit wird all die Bestimmungen verdrängen, die ein fremdes Volk im Altertum, im Zeitalter der Sklavenvirtschaft für gut befunden hat. Wir müssen auf einen Otto von Guericke hören, dessen Kritik zum bürgerlichen Gesetzbuch schon im Jahre 1889 erschien. Schon damals hat es dieser Vorkämpfer des deutschrechtlichen Gedankens erkannt, daß das bürgerliche Gesetzbuch in seinen Grundlinien einer individualistischen, kapitalistischen und gemeinschaftswidrigen Grundanschauung entsprossen ist.

Schon immer war das deutsche Volk rein gefühlsmäßig gegen die Juristerei, so wie sie bisher betrieben wurde, eingenommen. Die Meinung des Volkes ist ein gutes Barometer. Seit der Aufnahme fremden Rechtes haben wir jenen Gegensatz zwischen Volk und Recht. Das Volk findet sich in den juristischen Konstruktionen nicht zurecht und redet daher von den Juristen als von „Rechtsverdrehern“. Auch die vielbesprochene Vertrauenskrise der Justiz ist auf unseren undeutschen Rechtszustand in erster Linie zurückzuführen.

Auch im Lager der Marxisten wurde heftig geredet von einer Vertrauenskrise der Justiz. Aber merkwürdigerweise hört man bei ihnen kein Wort davon, daß wir ein volksfremdes, ein nicht für unsere soziale Gemeinschaft passendes Recht haben. Wahrscheinlich liegt den Herren Marxisten das orientalisch-römische Recht näher als unser Volksrecht. Die Interessen des Zubenstums werden in der Tat auch vor einem händlerischen fremden Recht besser geschützt als von einem Deutschen.

Nachdem nun endlich die schreckhafte Periode der gefesselten Justiz vorüber ist, nachdem die Korruptionsfandale um Sklarz, um Weißmann, um die Varmats, die Kutzfers, um die Sklarek und wie die hergelaufenen Schieber alle heißen, glücklicherweise schon der Geschichte angehören, können wir wieder auf ein gerechtes Recht, auf einen deutschen Rechtsstaat hoffen. Sind auf der einen Seite die Mißstände schon beseitigt, so beginnen wir freudigen Herzens mit dem Aufbau eines Rechtes, das vom Volke für das Volk geschaffen wird. Auf den Lippen haben wir den Wunsch Otto von Guericke: „Möge uns allen noch die Sonne des großen Tages leuchten, an dem ein deutsches Strafrechtsgesetzbuch geboren wird, das deutsch ist.“

W. St.

Opfertag der deutschen Mutter.

Der Muttertag im neuen Reich.

Das Kommissariat des Mutterdienstwerkes der evangelischen Kirche veranstaltete anlässlich des bevorstehenden Muttertages einen Presseempfang. Wehrkreispfarrer Müller sprach in seiner Begrüßungsrede von einer Unterredung, die er kürzlich mit dem Reichskanzler Adolf Hitler über kirchliche Probleme gehabt habe. Nach der Besprechung, so erzählte Pfarrer Müller, hätten der Kanzler und er noch im schön gelegenen Arbeitszimmer Adolf Hitlers still beieinander gestanden. In einer Ecke seien eine Reihe von Geschenken aufgestellt gewesen, die dem Kanzler anlässlich seines Geburtstages von vielen Verehrern gesandt worden wären. Inmitten dieser vielen Gaben habe das Bild der Mutter des Kanzlers, einer wahrhaften deutschen Frau, gestanden, die soviel Segen in das Leben dieses Mannes gebracht habe und die ein großes Gottvertrauen in seine Seele gepflanzt habe. Der Reichskanzler habe seine große Freude darüber geäußert, daß ihm jetzt zu seinem Geburtstage so viel einfache, fromme Menschen gratuliert und ihm Beweise ihres Vertrauens gegeben hätten, die ihm besonders wertvoll seien.

Die Zeit, die wir jetzt durchleben, so fuhr Pfarrer Müller fort, sei eine Zusammenballung von zwei Dingen: Revolution und Reformation. Die gewaltige Arbeit, die unserer Harre, werde nicht in Monaten oder einigen Jahren bewältigt werden können. Eine ganze, wenn nicht zwei Generationen müßten an dem großen Werk bauen. Etwas ganz Neues müsse entstehen, und alles, was morsch sei, müsse fallen. Zu dieser Arbeit brauchen wir nicht nur körperlich, sondern auch innerlich gesunde deutsche Mütter.

Über die Aufgaben deutschen christlichen Muttertums im neuen Deutschland und über aktuelle Mutterdienstfragen sprach Frau Clara Schloßmann-Vönnies. Das Mutterdienstwerk der evangelischen Kirche habe in der ersten Zeit den Muttertag bekämpft, da er lediglich den Interessen der Industrie gedient und ihm jegliche Innigkeit gefehlt habe. Jetzt werde versucht, aus den falschen Gedanken jenes Muttertages den vernünftigen Gedanken des Opfertages der deutschen Mutter zu schaffen. Die Rednerin gab der Hoffnung Ausdruck, daß das Mutterdienstwerk im Dritten Reich vorbildlich sein werde.



Die Verbrennung der undeutschen Bücher.

Die vom Kampfausschuß „Wider den undeutschen Geist“ eingeleitete Aktion gegen alles undeutsche Schrifttum fand ihren Höhepunkt durch die öffentliche Verbrennung der eingekammelten Bücher und Schriften auf dem Opernplatz in Berlin: unsere Aufnahme zeigt den lobenden Scheiterhaufen, auf dem die undeutschen Schriftwerke verbrannt wurden.

Das evangelische Deutschland und die nationale Revolution.

Die Gestaltung der neuen evangelischen Kirche.

Der Bevollmächtigte des Reichskanzlers für die evangelische Kirche, Wehrkreispfarrer Müller, der neben seiner Eigenschaft als Bevollmächtigter weiterhin die Deutschen Christen Ostpreußens führt, betonte in einer Unterredung u. a., daß er dafür zu sorgen habe, daß der Kampf um die Zukunft der evangelischen Kirche nicht so geführt werde wie der politische Kampf. Reichskanzler Hitler wolle keine Religionskrise heraufbeschwören. Maßgebend für seine Arbeit seien weiterhin die ostpreussischen Kampfprinzipien. In ihnen wird zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland eine starke evangelische Kirche brauche, die mehr als bisher imstande sei, eine Durchdringung des gesamten Volkswesens mit den sittlich erneuernden Aufbaufähigkeiten des Evangeliums zu gewährleisten und undeutsche vergiftete Einflüsse fernzuhalten. Sie fordern ferner eine neue Kirchenverfassung, die den überall bereits erlebigen Parlamentarismus und das demokratische Wahlsystem vermeide. Wahrung des Bekenntnisstandes der Reformation sei notwendig, es müsse aber eine Weiterbildung des deutschen evangelischen Bekenntnisses im Sinne scharfer Abwehrmaßnahmen gegen alle modernen Irrlehren verlangt werden. Sitte unducht in Stadt und Dorf müßten wieder eintreten, mit ihnen ein kräftiger Ausbau der christlichen Liebestätigkeit innerhalb der Kirche unter Mitwirkung aller Gemeindeglieder. Wenn von berufenen Organen der Kirche das Gemeinsame der verschiedenen Bekenntnisse in den evangelischen Kirchen gefunden sein werde, hätten die Deutschen Christen als nächste Aufgabe durch missionarische Verkündigung dieses innerlich gemeinsamen die seelische Grundlage mitzubauen, auf der allein der Neubau der Kirche möglich sei. Zum Schluß betonte noch Dr. Müller, daß sich die Zusammenarbeit mit den drei Bevollmächtigten des Kirchenbundes herzlich und außerordentlich gut gestalte.

Im Rahmen einer Kundgebung sprach General-Superintendent D. Dibelius über das Thema: „Das evangelische Deutschland und die nationale Revolution“. D. Dibelius begann mit dem Bekenntnis, daß es für den Träger eines kirchlichen Amtes nur einen kategorischen Imperativ gebe: Das Evangelium. Dieses Evangelium könne sicherlich mit verschiedenen Augen gesehen werden, und habe tatsächlich in der Geschichte verschiedene Formen angenommen. Die Kirche der deutschen Reformation sei bisher als Freikirche gewesen, für die die Passion im Mittelpunkt stand. Er sehe die Zeit kommen, wo sie eine Osterkirche werde, in der der Ton des göttlichen Sieges und der dankbaren Zuvorkunft laut werde. Wenn die Kirche dieses sieghafte Bekenntnis wieder herausstelle, werde sie leichter den Zusammenklang mit dem Rhythmus der Zeit finden.

Zu der Frage des kirchlichen Reformwerkes erklärte D. Dibelius, daß eine Kirche nie und nimmer die Gesetze ihres Aufbaues von den Formen des Staates hernehmen könne, sondern daß ihr Neubau von den innersten Motiven des Evangeliums her erfolgen müsse. Mit Nachdruck warnte er vor einem Rückfall in das Staatskirchentum. In den klassischen Zeiten der Staatskirche

habe der Schwerpunkt der lebendigen Frömmigkeit nicht bei den Hofpredigern und den offiziellen Kirchenmännern gelegen, obwohl auf sie die Sonne der Staatsgunst fiel. Auch in Zukunft werde es das Schicksal jeder Staatskirche sein, daß das Beste im Christentum sich dann in die Stille zurückzieht, um dort von neuem Gestalt zu gewinnen. Es sei deshalb keine negative Haltung, wenn die Kirche völlige Freiheit für ihren Neubau fordere. Zuletzt, so schloß der Redner, komme es nicht auf diese oder jene Form des kirchlichen Neubaus an, sondern entscheidend darauf, daß wieder christliches Leben, Vertiefung in das Gebet, gemeinsame Sammlung um Gottes Wort im Volk lebendig werde. Nur eine missionierende Kirche könne dem Volk den rechten Dienst leisten.

Probleme des Auslandsdeutschtums.

Der Vorsitzende des Vereins für das Auslandsdeutschtum im Ausland, Reichsminister a. D. Dr. Gessler, sprach kürzlich über Probleme des Auslandsdeutschtums. Seit dem Dreißigjährigen Kriege habe sich die Geschichte des Reiches immer mehr in eine Staatengeschichte aufgelöst. Nur wenige unserer Größten, wie der Freiherr vom Stein, hätten Deutschland nicht als einen abstrakten Begriff gesehen, sondern als eine Lebensform, um die das deutsche Volk kämpfen müsse. Die ganze Bismarcksche Generation habe nicht volkspolitisch gedacht. Erst der Weltkrieg habe dem gesamten deutschen Volk eindringlich seine Schicksalsverbundenheit zum Bewußtsein gebracht, als überall die Verfeindungen des Deutschtums einsetzten. Die Hoffnung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker habe sich als Irrwahn erwiesen. Es habe eine neue Geschichte des Auslandsdeutschtums begonnen. Der Vortragende gab dann einen Überblick über das 30 bis 40 Millionen umfassende Auslandsdeutschtum und seine Leistungen sowie über die großen Gefahren für das Auslandsdeutschtum. Er ging insbesondere auf die unhaltbaren Verhältnisse ein, die durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags geschaffen worden sind. Für uns sei der Staat kein Abstraktum mehr, sondern die Lebensform des deutschen Volkes.

Viele Hunderttausende seien als Flüchtlinge ins Reich aus den geraubten Gebieten zurückgetrieben worden. Hunderttausende seien auf das rücksichtslosste enteignet worden, während das alte Deutschland das Enteignungsgesetz gegen Polen in ganzen vier Fällen angewandt habe. Ein systematischer Vernichtungskampf werde gegen das Auslandsdeutschtum und seine Kraftzentren, Kirche und Schule, geführt. Aber die Auslandsdeutschen führten den Kampf um ihre Selbstbehauptung mit Selbstverständlichkeit, Leidenschaft und jähher Hingabe. In der stärkeren Vermehrung der Mehrheitsvölker, ihren geringeren Lebensbedürfnissen lägen biologische und soziologische Gefahren. Außerdem hätten diese in ihrem Nationalisierungskampf alle staatlichen Machtmittel für sich. Auch das Ausland wisse, daß die Ordnung von 1919 nicht ewig sei. Mit der Erkenntnis des jetzt zum Durchbruch gekommenen Einigungswillens des deutschen Volkes habe man daher den Kampf gegen das Deutschtum verstärkt.

Zu den großen Aufgaben des neuen Staates gehöre es, durch eine planmäßige Erziehungsarbeit die Kenntnisse von der Bedeutung des Auslandsdeutschtums ins ganze Volk zu tragen. Es sei ein Zeichen großer politischer Klugheit, besonders des Reichskanzlers Hitler, daß man erkannt habe, daß die Liebestätigkeit des Vereins für das Deutschtum im Auslande, die unter Ausrichtung jeder Politik nur der deutschen Schul- und Kirche im Auslande gelte, unbedingt unpolitisch und überparteilich bleiben müsse, denn sonst würde die Verbindung unseres Auslandsdeutschtums zu ihm unter die Hochverratsbestimmungen von Polen, der Tschechoslowakei und anderer Länder fallen, die nur nach Vorwänden suchten.

„Was wird das Ausland tun?“

England und wir.

Der durch seinen Kampf gegen die Kriegsschuldslüge bekannte frühere Hauptmann im englischen Generalstab, Vivian Stranders, hat unter dem Titel „Vernichtung über Deutschland“ ein kleines Werk erscheinen lassen, das den hemmungslosen und ewig den Frieden bedrohenden französischen Machthungen vom Standpunkt eines Engländer aus beleuchtet, der in der Zusammenarbeit der blutsverwandten Völker Deutschland und England die beste Gewähr für die Zukunft der germanischen Rasse und für den europäischen Frieden sieht. Stranders, der als Frontoffizier im englischen Heere diente, gehörte nach dem Kriege einer Entente-Kommission an, die zur Durchführung des Versailler Diktats nach Berlin gekommen war. Als er sah, in welcher gehässiger, schändlicher Art seine französischen „Ameraden“ die Deutschen behandelten, trat er aus der Entente-Kommission aus. In Artikeln in der deutschen Presse deckte er die französischen Niederträchtigkeiten auf, was ihm die Todesfeindschaft der Franzosen eintrug. Auf einer Reise nach Frankreich verhafteten ihn die Franzosen und sperrten ihn anderthalb Jahre ins Gefängnis. Nach seiner Freilassung lehrte er nach Deutschland zurück, wo er in den Reihen der Nationalsozialisten kämpfte. Stranders wünscht sich auch für sein Geburtsland einen Hitler, damit „er den letzten Französischen aus englischen Staatsdienst hinwegjage“; denn die Gefahr des Bolschewismus werde nur verschwinden, wenn in allen Kulturländern Männer wie Hitler und Mussolini herrschten.

Der Verfasser beantwortet zum Schluß in treffender Weise eine Frage, der man in Deutschland sehr häufig begegnet: „Was wird das Ausland tun, was England tun, wenn unsere Regierung dies oder jenes unternimmt?“ „Englands Stellung zu einer Fremdmacht wird immer davon abhängig sein, ob das in Frage kommende Volk den Willen zeigt, eine selbständige, freie Nation zu werden und Geschichte zu machen, wie die Erbauer des Britischen Weltreiches Geschichte gemacht haben. England wird sich nur mit einer bündnisfähigen Nation verbünden. Englands Außenpolitik entspringt nicht der Sentimentalität, sondern kalt und rücksichtslos der Zweckdienlichkeit. Der Zusammenschluß Deutschlands und Englands wird erst dann möglich sein, wenn der Deutsche die kaufmännischen Charaktereigenschaften des Engländer in seiner eigenen Außenpolitik zu seinem eigenen Vorteil auszunutzen versteht und die englische Nation zwingt, der Bundesgenosse der aus sich selbst heraus befreiten großen deutschen Brudernation zu werden. Dann werden die englischen Staatsmänner, die heute immer noch in französischem Schlepptau sind, ihre Ketten abschütteln müssen, wenn sie nicht vom eigenen Volk zerrissen werden wollen.“

wurde, aufgefordert, ein genaues Inventarverzeichnis der vorhandenen Vermögensbestände einzureichen.

Die Aktion richtete sich gegen sämtliche sozialdemokratischen Organisationen und Betriebe, die Parteizeitungen und das Reichsbanner.

Die getarnten, angeblich privaten Betriebe, deren direkter Zusammenhang mit der SPD. erwiesen ist, wurden ebenfalls von den Maßnahmen erfaßt. Befreit von der Beschlagnahme blieben die Konsumgenossenschaften und deren Vermögensbestände sowie selbstverständlich die Gewerkschaften.

Das englische Gefallenen-Ehrenmal geschändet.

Dr. Rosenbergs Kranz nach Beschädigung entwendet.

Der zur Zeit zu politischen Besprechungen in London weilende Leiter des außenpolitischen Amtes der NSDAP., Dr. Alfred Rosenberg, hatte an dem Gefallenen-Ehrenmal der englischen Hauptstadt einen großen Kranz mit einer schwarz-weiß-roten und einer Hakenkreuzschleife niedergelegt. Dieser Kranz ist jetzt durch zwei Männer, die an dem Denkmal in einem Kraftwagen vorgefahren waren, entwendet worden.

Schon vorher hatte sich ein Unbekannter an dem Kranz und damit auch an dem englischen Totenmal vergreifen, indem er, schnell aus einem Auto herausspringend, den Kranz beschädigte und die Hakenkreuzschleife abbrach.

Die Entfernung des Kranzes ist durch einen Angehörigen der Arbeiterpartei namens Sears erfolgt. Er ist Vorsitzender einer Zweigstelle der „Britischen Region“, einer Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer in Aulsham. Sears erschien später vor dem Polizeigericht und wurde mit

nur 40 Schilling Strafe

„wegen Sachbeschädigung“ bestraft.

Die Verhaftung von Sears erfolgte, nachdem er den Kranz in die Themse geworfen

hatte. Der Kranz wurde wieder herausgeholt und lag als Beweisstück dem Gericht vor. Der Richter verwurte den Angeklagten. Er könne aber nicht auf Diebstahl erkennen, sondern nur auf Sachbeschädigung. Der Angeklagte nahm das Urteil an.

Falschmeldung über das Preisüberwachungs-Kommissariat.

Vom Reichswirtschaftsministerium, dem zur Zeit das noch bestehende Reichskommissariat für Preisüberwachung angegliedert ist, wird zu einer Mitteilung im Maiheft der Zeitschrift Der Vürmer, nach der das Reichskommissariat für Preisüberwachung innerhalb eines Vierteljahres einen Kostenaufwand von 90 Millionen Mark verursacht habe, erklärt, daß diese Mitteilung vollkommen wahrheitswidrig ist. Das Reichskommissariat für Preisüberwachung hat in der Zeit seines Bestehens, also vom 10. Dezember 1931 bis Ende April 1933, für persönliche und sachliche Verwaltungsausgaben jeder Art insgesamt weniger als 140 000 Mark verausgabt. Der Reichskommissar für Preisüberwachung, sein Vertreter und ein Teil seiner Mitarbeiter haben ehrenamtlich gearbeitet und nur die für Reichsbeamte zuständigen Reisefkosten und Tagegelde erhalten.

Lokales und Provinzielles.

Salver, den 12. Mai 1933.

Wenn man auf Reisen geht

Gespräche über Sommerreisen sind jetzt durchaus nicht mehr so abwegig, wie es vielen dünken mag. Wir sind zwar noch nicht über die Waimitte hinaus, aber mancher Sommerurlaub beginnt schon jetzt, sonst hätte ja wohl die Reichsbahn die mit Recht so beliebten Sommerurlaubsarten nicht schon vom 29. April ab gelten lassen. Man ist also unbedingt berechtigt, die Sommerreise lange vor dem eigentlichen Sommer in den Kreis der Betrachtungen und Erwägungen zu ziehen.

Frage 1: Sollen wir reisen? Natürlich sollen wir reisen! Mindestens soll reisen, wer Zeit und Geld — was leider nicht immer zusammenfällt, obwohl die Engländer behaupten, daß Zeit Geld sei — für eine Reise übrighat. Zeit ist in diesem Falle Ferien- und Urlaubszeit, und Ferien sind geschaffen, auf daß wir uns ein wenig entspannen und eine gewisse Distanz zum grauen Alltag gewinnen. Man mag es nehmen, wie man will — immer wird man zu dem Ergebnis kommen, daß der Alltag aufreibend und zermürbend wirkt, auf den Mann in seinem Berufsleben, auf die Frau im Haushalt und nicht selten ebendeshalb auch noch im Beruf. Und in diesem Einerlei fallen dann als plötzlicher Lichtblick die Ferien, die man offiziell bekommt, oder die man sich nimmt. Warum sollte man also die Ferien nicht ausnützen, um für neue Arbeit neue Kräfte zu sammeln?

Frage 2: Wie und wohin reisen wir? Wie wir reisen, das ist zum großen oder sogar größten Teil abhängig von dem bereits erwähnten Geld, über das wir verfügen oder auch nicht verfügen. Man braucht durchaus nicht unbescheiden und kostspielig zu reisen, aber man soll auch nicht knirschen mit dem Gelde, das man sich für die Reise zurückgelegt hat; denn schließlich ist Ferienzeit Ausnahmzeit. Eines aber sollte man sich immer vor Augen halten: die Reise darf nicht bloß dem Vergnügen dienen, sondern auch oder vielmehr hauptsächlich der Erholung. Betrachtet man die Sache von solchem Gesichtspunkt aus, so weiß man meist auch sofort, wohin man zu reisen hat. Der eine erholt sich am besten in den Bergen, ein anderer weit besser an der See, ein dritter immer nur im Wald und auf der Heide. Schlimm kann es nur dann werden, wenn etwelche gemeinschaftlich auf Reisen gehen, die ganze Familie zum Beispiel: dann gibt es manchmal noch mehr Sinne als Köpfe. Aber bei einigem guten Willen, den der Klügere aufzubringen hat, läßt sich fast immer eine Einigung auf einer mittleren Linie erzielen. Alles in allem: die Hauptsache bleibt, daß man für einige Zeit aus „seinen vier Wänden“ herauskommt und ein bißchen Abwechslung und Veränderung sucht. Man braucht sich zu diesem Zweck nicht vollständig umzustellen, sondern nur die Gedanken an alles, was zurückgeblieben ist, und was vielleicht kommen könnte, ein wenig auszuschalten und nur der Stunde zu leben. Wer es einmal erprobt hat, weiß, daß es richtig ist!

—* Der neue Landrat des Kreises Altena. Zum Nachfolger des ins Ministerium des Innern berufenen Landrats Dr. Fuchs ist Landrat DeLius, bisher Landrat in Gehlhäusen, ernannt worden, der bereits in Altena eingesetzt ist und die Geschäfte übernommen hat.

—* Der Saatenstand Anfang Mai 1933 im Kreise Altena. Für den Kreis Altena wurden von den Vertrauensleuten nachstehende Durchschnittsnoten abgegeben: (3 = gut, 2 = mittel, (durchschnittlich), 1 = gering). Winterweizen 3,7 (im Reg.-Bez. 2,9, in Preußen 2,8), Winterroggen 2,7 (im Reg.-Bez. 2,6, in Preußen 2,9), Wintergerste 2,7 (im Reg.-Bez. 2,8, in Preußen 2,8), Klee 3,5 (im Reg.-Bez. 3,1, in Preußen 2,9), Weizen m. Be- od. Entwässerungsanlagen (Rieselweizen) 2,5 (im Reg.-Bez. 3,0, in Preußen 3,0), Andere Weizen 3,7 (im Reg.-Bez. 3,2, in Preußen 3,2), Viehweiden 3,0 (im Reg.-Bez. 3,2, in Preußen 3,2).

—* Wie die Pressestelle der Reichsbahndirektion Buppertal mitteilt, soll nunmehr der Bau der Strecke Witten-Schwelm in aller Kürze vollendet werden. Zur Zeit schweben noch Verhandlungen über die Finanzierung der Restarbeiten. Sobald diese in allen Teilen gesichert ist, soll mit den Bauarbeiten unverzüglich wieder begonnen werden. Es ist zu erwarten, daß auf Monate hinaus mit der Beschäftigung einiger hundert Arbeiter gerechnet werden kann. Die Einstellung der Leute wird durch Vermittlung der Arbeitsämter geschehen.

Salver

—0 Polizeiliches. Gefunden: Ein Herrenhals-tuch. Eigentumsansprüche sind im Amtshaus, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

Schalksmühle

—x Gegen Donnerstagabend geriet der Auslader J. L. am Bahnhof beim Ansetzen eines Lastwagens gegen den Eisenbahnwaggon zwischen Waggon und Lastwagen und zog sich schwere Quetschungen, namentlich an den Beinen zu. Ärztliche Hilfe mußte sofort in Anspruch genommen werden. Von einer Krankenhausüberführung wurde vorerst Abstand genommen.

—x Bei einer hiesigen Firma war es zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu Differenzen gekommen, die in einem Demonstrationszug der Belegschaft endeten. Nach Vermittlung der NSD. ist es inzwischen zu einer beiderseitigen Einigung gekommen, wonach die Arbeit wieder in voller Form aufgenommen worden ist.

—x Sein 81. Lebensjahr vollendet am kommenden Sonntag, 13. Mai, der Rentner Karl Kleinschmidt zu Klagebach bei Schalksmühle. Im Haushalt seines Sohnes Albert Kleinschmidt verlebte er seinen Lebensabend bei verhältnismäßig guter Gesundheit und Frische.

Dahlebrück

„Im Rafflenbeulischen Saale zu Dahlebrück werden seit längerer Zeit regelmäßig alle 14 Tage Abendgottesdienste abgehalten. Darauf seien unsere Gemeindeglieder, die in Dahlebrück und Umgebung wohnen, besonders hingewiesen. Der nächste Gottesdienst findet am Donnerstag, 18. Mai, abends 8,30 statt.“

Stöcker Schule

— Die Haustür der Schule, durch die man über die Treppe die oberen Stockwerke erreicht, wird gewöhnlich nach Beendigung der Schule abgeschlossen. Das war in dieser Woche einen Mittag vergessen worden. Als die Frau des Lehrers H. die Haustür abgeschlossen hatte, beobachtete sie, wie sich auf dem Flur des oberen Stockwerkes ein fremder Mann versteckt hielt, der Gefallen an ein Paar fast neuen Schuhen fand. Es gelang der Frau, rechtzeitig ihren Mann herbeizurufen, nach dessen Erscheinen der Fremdling aus seinem Versteck hervorkam. Es handelte sich um einen Tippelbruder in den 30er Jahren, der auf der Suche nach guten Schuhen war, wie er selbst eingestand. Da er nichts an sich genommen hatte, ließ man den Eindringling laufen.

—* Gründung einer N. S. Frauenschaft. Die Vorsitzende der N. S. Frauenschaft Schalksmühle, Frau L. Hagenbötter hatte sämtliche Frauen aus Dahlebrück zu einem Werbeabend ins Hotel Henke eingeladen. Der Einladung waren viele Frauen gefolgt, so daß der festlich geschmückte Saal eine stattliche Besucherzahl aufwies. Frau Hagenbötter dankte für den zahlreichen Besuch und sprach dann aufklärende Worte über den Zweck und die Bedeutung der N. S. Frauenschaft. Die Frauenschaft will alle deutsche Frauen und Mädchen erfassen und eingliedern in eine große deutsche Volksgemeinschaft. Der Versuch in Dahlebrück eine N. S. Frauenschaft zu gründen und somit vielen Interessenten gerecht zu werden, war durch diesen Werbeabend wider Erwarten gut gelungen. Man war fast einstimmig für die Gründung einer N. S. Frauenschaft. Es konnte deshalb sofort die Vorstandswahl getroffen werden, da bereits über 20 Mitglieder ihren Beitritt erklärt hatten. 1. Vorsitzende wurde Frau L. Hagenbötter, welche bereits die NS-Frauenschaft in Schalksmühle leitet. Da die NS-Frauenschaft Dahlebrück der Ortsgruppe der NSDAP Schalksmühle unterstellt ist, bestehen hier keine Schwierigkeiten. Zum Kassierer wurde Fräulein Emmy Hakenberg ernannt. Frau Lehrer Herminghaus wurde zum Schriftführer ernannt. Als weiteres Vorstandsmitglied bestimmte man Frau Mählhausen vom Reeswinkler Weg. Die Zusammenkünfte sollen alle 14 Tage Mittwochs abwechselnd bei Henke und Rafflenbeul stattfinden.

Dahl. Schwerer Autounfall. Gestern früh gegen 6 Uhr stieß dem Kraftfahrer Streppel aus Schalksmühle, der mit seinem Wagen aus Richtung Hagen kam, ein schweres Unglück zu. Er geriet mit seinem Wagen in den Straßen-graben und fuhr dort gegen einen steilen Felsen. Durch den Anprall schlug der Führer mit dem Kopfe so unglücklich in seinem Führersitz auf, daß die Schlagader aufgerissen wurde und dadurch ein großer Blutverlust eintrat. Hierdurch scheint der Führer die Bewußtsein verloren zu haben. Man fand ihn bewußtlos am Steuer sitzend. Dr. Müller, Priore, leistete gemeinsam mit den Dahlebrücker Sanitätern die erste Hilfe. Mit dem Sanitätsauto brachte man den Schwerverletzten sofort ins Marienhospital Hagen.

Breckerfeld

□ Ihr diesjähriges Jahresfest feiert unsere Frauenhilfe am Sonntag, 21. Mai, morgens 10 Uhr im Festgottesdienst, nachmittags findet um 3 Uhr im Reiberschen Saal eine Festversammlung statt. Schon jetzt seien die Mitglieder der Frauenhilfe gebeten, vollständig am Jahresfest teilzunehmen. Aber auch die Frauen, welche unserer Frauenhilfe nicht angehören, sind herzlich willkommen.

—f Silberhochzeit. Schneidermeister Wilhelm Schmirnbach und Frau Ida geb. Kallerhof feiern am 13. Mai ihr silbernes Ehejubiläum. Wir gratulieren herzlich.

Rönshahl

—c Gefasster Einbrecher. Zu den in voriger Woche in dieser Zeitung gemeldeten Einbrüchen in Rönshahl und Feldhof b. Rönshahl ist heute mitzuteilen, daß der Einbrecher in Bielefeld (Mhd.) bei Ausübung weiterer Einbrüche festgenommen werden konnte. Im Besitze des Täters wurde ein Doppeltrauring gefunden, der der Frau Wm. Schönrath in Feldhof b. Rönshahl mittels Einbruch entwendet worden war. Der Dieb soll in Remscheid beheimatet sein.

—c Turnverein Rönshahl. Gleichschaltung, Zusammen-schluß sämtlicher Vereine? In Durchführung der Anordnungen des Vorsitzenden der DT. betr. Gleichschaltung in der DT. hat der Vorstand des hiesigen Turnvereins in seiner abgehaltenen dringenden Vorstandssitzung geschlossen seinen Rücktritt erklärt und seine Ämter zur Verfügung gestellt. Im Verfolge dieser Maßnahmen war nach Eintreffen der Richtlinien für Mittwoch abend im Vereinslokale Hotel zur Leie eine außerordentliche Generalversammlung einberufen worden, welcher die Turner und Turnerinnen sehr zahlreich gefolgt waren. Gegen 8¼ Uhr wurde diese bedeutungsvolle Versammlung vom 1. Vorsitzenden Lehrer Köhler eröffnet, er gab seiner Freude Ausdruck über die zahlreiche Beteiligung und begrüßte insbesondere die fast vollständig erschienene Damenabteilung sowie den zugezogenen Leiter der NSDAP., Zelle Bielefeld-Rönshahl, Herrn Otto Cleber. Einen Rückblick brauche er wohl nicht zu halten. Die nationale Revolution marschiere und wären bei der D. T. Beschlüsse gefaßt, die sich auf den Boden der nationalen Regierung stellten. Er machte dann auf die Vorgänge und Beschlüsse in der DT. aufmerksam und verlas den Hauptinhalt des Rundschreibens des kom. Gauvertreters des Lenne-Volme-Gaues. Sodann wurden die Richtlinien zu der angeordneten Gleichschaltung bekannt gegeben. Köhler legte nun sein Amt als 1. Vorsitzender des hiesigen T.V. nieder, eine evtl. Wiederwahl lehnte er ab. Als Versammlungsleiter wurde Kapitän Buchholz vorgeschlagen und bestimmt. Dieser dankte dem bisherigen Vorsitzenden und Vorstände für deren seitherige Mithewaltung. Bevor zur Wahl des neuen Vorsitzenden geschritten wurde ergriff Turnbruder Gogarten das Wort zu bedeutungsvollen Ausführungen. G. referierte über den Zusammenschluß sämtlicher Rönshahler Vereine im Interesse einer wahren Volksgemeinschaft. Er bat, bevor zur Wahl geschritten würde, diese Ausführungen zur Diskussion zu stellen und nahm eine solche einen sehr breiten Raum ein. Es entspann sich eine lebhafteste Aussprache über die Vor- und Nachteile des evtl. Zusammenschlusses, ein solcher sei aber nur zu begrüßen. Versammlungsleiter richtete die Frage an den Turnverein ob er gewillt sei der Bildung der Volksgemeinschaft durch einen Zusammenschluß näher zu treten. Zu dieser Frage wurde ein einstimmiger Beschluß gefaßt. Der Turnverein ist nun mit gutem Beispiel zur Bildung der Volksgemeinschaft vorangegangen und findet hoffentlich dieses Beispiel bei den anderen Vereinen Anklang und Nachahmung. — Nun folgte die Wahl des 1. Vorsitzenden. Als geeigneter Mann hierfür wurde Herr Kapitän z. S. a. D. Buchholz in Vorschlag gebracht. Otto Cleber als pol. Leiter der Zelle Bielefeld-Rönshahl ergriff das Wort zu einer von echt nationalem Geiste durchdrungenen Ansprache. Er schilderte den Lauf der wunderbaren nationalen Revolution und streifte die angeordnete Gleichschaltung, die augenblicklich im hiesigen Turnverein stattfände; der geeignetste Führer des Turnvereins sei der bereits in Vorschlag gebrachte, seit Jahrzehnten auf nationalem Boden stehende Kapitän Buchholz. Bei der nun stattfindenden Wahl wurde Herr Kapitän B. einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt und dankte derselbe herzlich. Lehrer Schade ergriff das Wort zu einer kürzeren Ansprache und betonte, daß ein bedeutender Augenblick für den Turnverein angebrochen sei, schilderte die frühere und heutige Handhabung der DT. in Bezug auf das Führerprinzip, die nationale Revolution hätte auch in der DT. wesentliche Vorteile geschaffen. Seinen Mitarbeitern und seitherigen Vorsitzenden Lehrer Köhler dankte Schade für die Tätigkeit, die K. in den langen Jahren dem Turnverein geleistet hat. Dem scheidenden und neuen Vorsitzenden brachte Schade ein dreifaches „Gut Heil“ aus. Der Vorsitzende dankte dem Vorredner und schloß sich dessen Worten an indem er die Verdienste des seitherigen Vorsitzenden um den Turnverein würdigte. Nach altem Turnbrauch brachte der Vorsitzende auf unseren allberehnten Reichspräsidenten und seine Mitarbeiter sowie unsern Reichskanzler Adolf Hitler ein dreifaches „Gut Heil“ aus in das die Versammlung kräftig einstimmte. Um 10,15 Uhr wurde diese bedeutungsvolle Versammlung geschlossen. Gut Heil!

Lüdenscheid. Unordnung bei der Ortskrankenkasse. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Lüdenscheid findet eine Prüfung der Buch- und Rechnungsführung statt, die noch nicht ganz beendet ist, und die durch Vertreter des Oberversicherungsamtes in Dortmund noch fortgesetzt wird. Einem vorläufigen Bericht der Prüfer ist aber schon zu entnehmen, daß die Buch- und Kassenerführung sich in größter Unordnung befindet. Es scheint sich im Wesentlichen um Unklarheiten und Unregelmäßigkeiten in der Verbuchung zu handeln, eine Veruntreuung von Beträgen ist wohl nicht zu bezweifeln. Die Revisoren betonen jedoch, daß ihnen eine derart unübersehbare und unklare Buchführung bisher noch nirgends aufgestoßen sei. Der bisherige Geschäftsführer ist nach dem Bericht durch den sozialdemokratischen Vorsitzenden der Kasse gegen seinen Willen zu bedenklichen Maßnahmen veranlaßt worden, er wurde auf seinen Wunsch sofort beurlaubt. An seiner Stelle hat das Oberversicherungsamt vertretungsweise zwei Beamte der Krankenkasse in Witten bestellt. Die weiteren Angestellten der Krankenkasse, zu deren Einstellung, wie der Bericht erwähnt, nicht die fachliche Eignung und berufsmäßige Vorbildung ausschlaggebend waren, sondern politische Gesichtspunkte, so daß sie als Parteibuchbeamte anzusprechen seien, werden entlassen. Die neue Geschäftsführung wird so schnell wie möglich ein genaues Bild über die Gesamtlage zu gewinnen suchen, um dann der Öffentlichkeit die erforderliche Aufklärung zu geben.

— Hagen. Mittelstandskundgebung in Hagen. Am Sonntag, dem 14. Mai, findet in der Stadthalle in Hagen ein großes Gantreffen des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes statt, an dem sämtliche Mitglieder des Kampfbundes teilnehmen sollen. Führende Persönlichkeiten des deutschen Handwerks und Handels werden erklärende Vorträge halten. Ferner wird bestimmt Pg. Innenminister Göring anwesend sein. Von den Führern des Kampfbundes haben ihr Erscheinen zugesagt Reichsführer von Renteln, ferner Pg. Karl Jeleny, Stabsleiter

Sohns, die Gauleiter J. Wagner und Stürck, Polizeipräsident Schepmann sowie der Präsident des deutschen Handwerkerbundes Pg. Schmidt.

pn. Hagen. Neue Industrie-Gesellschaft. Mit dem Sitz in Hagen wurde die D. Leubacher u. Co. GmbH. (früher in Düsseldorf) neu gegründet. Die frühere Düsseldorfer Gesellschaft befindet sich seit Ende 1932 in Liquidation. Bei der neuen Gesellschaft vertritt ein Treuhänder als Mehrheitsbesitzer die Interessen verschiedener Solinger, Remscheidener und Hagener Kleinereisenfabrikanten. Außerdem sind einige Mitglieder des Hadenverbandes in Hagen und der Werkzeugzeugindustrie in Sachsen beteiligt. Die Geschäftstätigkeit liegt in den Händen der Herren D. Leubacher, Bergasseffor Huth und Prokurist Wisse-Hagen.

pn. Hagen. Notlandung eines Sportflugzeuges. Gestern befand sich ein Sportflugzeug D 2102 aus Leipzig auf dem Flug von Kassel nach Bochum. Gestern nachmittag bemerkte der Flugzeugführer, als er sich über Hagen-Haspe befand, eine Motorschraube und er entschloß sich, zu notlanden. Er setzte seine Maschine auf einer Bergwiese auf dem Hörden, dabei brach der linke Flügel des Flugzeuges. Der Führer erlitt nur geringfügige Verletzungen. Die Maschine wurde nach Dortmund gebracht.

pn. Hagen. Erlogene Schauer-märchen über politische Schutzgefangene. Der vor einigen Tagen aus der Schutzhaft entlassene frühere Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung Volksstimme überlieferte unaufgefordert und unbefragt einen längeren Artikel über seine Behandlung in der Schutzhaft dem Polizeipräsidenten. Wille wendet sich in dem Artikel energisch gegen die erlogenen Berichte und Schauer-märchen über die Behandlung der politischen Schutzgefangenen. Er selbst war über 6 Wochen Schutzhaftgefangener und berichtet, daß die Verpflegung in der Strafanstalt Werl reichlich und zufriedenstellend gewesen sei. Die Zubereitung war immer sauber und schmackhaft. Wer mit dem Essen nicht auskam, meldete sich beim Arzt und erhielt Essenzulage. Die meisten der Schutzhaftgefangenen gaben offen zu, daß sie als Erwerbslose zu Hause ein solches Essen nicht gehabt hätten. Die Behandlung seitens der Strafanstaltsangestellten, ob hoch oder niedrig, war stets zuvorkommend. Keiner von den Beamten oder Angestellten hätte sich irgendetwas erlaubt, das zu Beschwerden hätte Anlaß geben können. Kein Schutzhaftgefangener ist mißhandelt, geschweige brutal behandelt worden. Niemals hatten die Justizwachmeister Veranlassung beim Antrieß zur Arbeit den Gummiröhrchen zu gebrauchen, da keiner der Inhaftierten arbeiten muß. Kein Inhaftierter sei in Dunkelhaft gekommen. Die Vergünstigungen bestanden in wöchentlichem Einkauf von allerlei Waren (Tabak usw.). Jeder hatte Raucherlaubnis und

für Lesestoff folgte die Anstaltsleitung. Bücher werden wöchentlich umgetauscht, einige Gefangene hatten die Tageszeitungen, die ihnen regelmäßig pünktlich zugestellt werden. Samstags hörte man Konzerte, ausgeführt von Strafanstaltskapellen, Sonntags war eine Stunde Radioübertragung. Am Kirchgang beteiligten sich sehr viele. Daß verschiedene der Inhaftierten hin und wieder eine kurze Antwort oder eine geringer zu wertende Behandlung erfahren, will der Artikelschreiber nicht bestreiten. Das lag aber an den Inhaftierten selbst, denn bekanntlich schallt es aus den Wänden zurück, wie man hereinruft. In seinen Schlussfolgerungen kommt W. zu der Feststellung, daß, wenn die K. P. D. an die Macht gekommen wäre, diejenigen, die man verhaftet hätte, sicherlich nicht so eine Behandlung erfahren hätten, wie die Schutzgefangenen jetzt in Werl. Wer in der Politik der K. P. D. und deren Auswirkung eingeweiht ist, der wird den Mut zur Wahrheit aufzubringen imstande ist, der müsse ihm beifallen, wenn er behauptet, daß die Diktatoren der K. P. D. zentrale sehr schnell gehandelt hätten und man keineswegs einen Wärter mit der Bewachung von 100 und 120 Gefangenen betraut haben würden. Wenn nun in Werl keinem einzigen Schutzgefangenen ein Haar gekrümmt, sondern lediglich nur aus einem bestimmten Anlaß einmal eine Verlegung der Zelleninsassen vorgenommen wurde, so zeugt dies von einer ruhigen Beurteilung und Anständigkeit der Strafanstaltsleitung. W. schließt seinen Artikel mit den Worten: Wer aber — obgleich er von den wirklichen Verhältnissen der Schutzgefangenen in Werl unterrichtet ist — Lügen und Verleumdungen über die Justizwachmeister oder über die Anstaltsleitung verbreitet, der ist nicht nur ein gefährliches Subjekt, sondern ein Verbrecher. Und schenkt man meinem oder auch den übrigen mit mir zur Entlassung gekommenen Kameraden keinen Glauben, so wäre es vielleicht zweckmäßig, man überführe diese Schwäger selbst einmal auf einige Wochen nach Werl, damit sie sich persönlich um das Wohl und Wehe der Schutzgefangenen kümmern können.

Mettenberg. Der Invalide Albert Zander in Holtshausen, der vor kurzem mit seiner Frau seine goldene Hochzeit feiern konnte, vollendet sein 75. Lebensjahr. Frau Justenrath in Eisinghausen ihr 82. Lebensjahr.

Reheim. Aus der Möhnetalperre tot geborgen. Der Stadtoberinspektor Korfitt, der bei der Essener städtischen Steuerkasse beschäftigt war, wurde seit Freitag mittag vermißt. Am Dienstag wurde seine Leiche aus der Möhnetalperre geborgen. Die Stadtverwaltung hatte sofort nach seinem Verschwinden eine Nachprüfung seiner Dienstgeschäfte vorgenommen. Diese hat ergeben, daß Unterschlagungen oder dergleichen nicht vorlagen.

Was man noch wissen muß.

Schließung der Gpa-Geschäfte in Berlin. — Protest gegen jüdische Leitung.

Berlin. Bei der Gpa (Einheitspreis-Mittelgesellschaft), die in Berlin 13 Einzelgeschäfte unterhält, hat das Gesamtpersonal als Protest gegen die jüdische Leitung die Arbeit eingestellt. Die Geschäftsleitung hat daraufhin die Geschäfte geschlossen.

Abkommen zwischen Hitler-Jugend und BDA.

Berlin. In Karlsruhe fand eine Besprechung zwischen den Führern der Hitler-Jugend und des BDA (Bund der Deutschen Arbeiter) statt. Es wurde vereinbart, daß die Hitler-Jugend in der Jugendführung und -ausbildung des BDA an die HJ. Es wurde vereinbart, daß die HJ. ihren Mitgliedern auch die Mitgliedschaft im BDA empfiehlt. Der BDA führt als sichtbares Zeichen seiner Verbundenheit mit der HJ. eine BDA-Armabinde mit dem Hakenkreuz ein.

Knabenmord in Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen. Ein in der Neustadt wohnender sechsjähriger Junge, der seit zwei Tagen vermißt wurde, wurde in einem Kanal unter einem Bahnhofsgebäude an der Grenze von Rottkirchen als Leiche aufgefunden. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei liegt Lustmord vor. Kurz nach dem Auffinden der Leiche wurde ein verdächtiger Radfahrer, ein 17jähriger junger Mann, verhaftet.

Mit dem Fallbeil hingerichtet.

Deggendorf a. d. Donau. Im Hofe des Landgerichtsgefängnisses Deggendorf wurde der 43jährige Dienstknecht Josef Kraundorfer mit dem Fallbeil hingerichtet. Er hatte am 6. Dezember 1931 in einem abgelegenen Anwesen die 24 Jahre alte Tochter eines Krämers und das dreijährige Enkelkind dieses Krämers in Oberbubach in grausenvoller Weise ermordet, um aus der Leiche 30 Mark rauben zu können.

Die Ernennung der neuen württembergischen Regierung.

Stuttgart. Reichsstatthalter Murr hat folgende Ernennungen innerhalb der württembergischen Regierung vollzogen: Ministerpräsident wurde der seitherige Kultus- und Justizminister Weraenthaier, der zugleich das Kultusministerium beibehält, zum Minister des Innern und Justizminister wurde Landtagspräsident Dr. Jonathan Schmid, zum Finanzminister wiederum Dr. Dehlinger ernannt, zum Leiter des Wirtschaftsministeriums wie seither Staatsrat Dr. Lehnich.

Englische Entschuldigung wegen des Kranz-Zwischenfalls.

London. Das englische Außenministerium hat dem deutschen Botschafter mitgeteilt, daß eine offizielle Entschuldigung wegen der Entfernung des Kranzes, den der Außenminister der RSVP, Rosenberg, am Gefallenendenkmal niedergelegt hatte, erfolgen werde.

Schriftleitung: Wilhelm Bell, Halver i. Westf.

Mathilde Fretlöh
Peter Borgmann
Verlobte

Halver i. W. Düsseldorf-Rath
3. St. Halver i. W.
13. Mai 1933.

Zur Frühjahrs-Kirmes in Schalksmühle

Am Samstag, den 13., Sonntag, den 14. u. Montag, den 15. Mai findet am Bahnhof in Schalksmühle **großer Kirmestrubel**

statt. Aufgestellt sind:

Karl Schneiders Automobil-Nobles, Schiff-schaukel, Karussell, Schaubuden, Verkaufsbuden aller Art

Vergnügen für Jung und Alt!

Um freundlichen Besuch bitten
die Unternehmer.

Ausflugsort Wilhelmshöh (Fr. Funke)

Sonntag, den 14. Mai, nachm. 5 Uhr

TANZ.

Musik: Beckers Salon Orchester.

In das Handelsregister B Nr. 55 ist heute bei der Firma Metallwarenfabrik Halver Peter Wilhelm Haurand Ges. m. b. H. in Halver folgendes eingetragen:

Durch Beschluß der Gesellschaftsversammlung vom 10. April 1933 ist das Stammkapital gemäß Artikel I § 5, Artikel II § 17 der Verordnung zur Durchführung der Vorschriften über die Kapitalherabsetzung in erleichteter Form vom 18. Februar 1932 um 50000,— RM. auf 250 000,— RM. herabgesetzt worden.

Durch Beschluß der Gesellschafter vom 10. April 1933 ist der Gesellschaftsvertrag bezüglich des Stammkapitals (§ 4) geändert.

Lüdenscheid, den 11. Mai 1933.
Das Amtsgericht.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Sonntag 9 Uhr Feiertags-Gottesdienst, Pastor Dr. Große-Dresselhaus, 10 Uhr Gottesdienst (50 Jahre Kirchenchor), Pastor Arning, 11 Uhr Taufen, Kindergottesdienst, Dienstag abds. 8.15 Uhr Kirchenchor. Donnerstags abds. 8.30 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst. Freitag 8 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Samstag 4 Uhr Jung-schar, (Knaben) 8.30 Uhr Bibelbesprechung und Gebetsstunde. Sonntag 7.45 Uhr Jungvolk. Ab-marsch vom Vereinshaus. 12.30 Uhr Abfahrt (Auto) vom Vereinshaus zur Gemeinschaftskonferenz in Ecking (nicht Lüdenscheid) Fahrpreis 80 Pfg. Die Stunde um 4.30 Uhr fällt aus. Montag 8 Uhr Turnen, 8.30 Uhr Jungfrauenverein, Bibelbesprechung, (Pastor Stommel). Mittwoch 4 Uhr Jung-schar (Mädchen), 8 Uhr Jünglings-verein, Bibelbesprechung. 8.30 Uhr Jungfrauen-verein, Gedeitete Gruppen. Donnerstag 4 Uhr Missionshandarbeitstunde. Freitag 8.30 Uhr Männerchor.

Blaukreuzverein Halver. Sonntag d. 14. Mai

Zum Muttertage
für wenig Geld ein Geschenk

1 hübsche keramische Vase . . . **0,75 M.**
1 geschmackvolle Schale . . . **1,40 M.**
1 schöne Keksdose . . . **0,75, 1,10 M.**
1 Sammelstasse . . . von **1 M.** an
1 praktische Tortenplatte mit Heber **1,95 M**

und noch vieles andere.

Wilh. Bell jr. Halver

Warum zögern Sie noch mit der Erneuerung Ihrer Wohnung?

Das Tapezieren ist heute keineswegs mehr teuer! In meiner riesigen Auswahl moderner, guter und doch billiger Tapeten findet jeder für seinen Geschmack das **Richtige!**

Besuchen Sie unverbindlichst das

Tapeten- und Farbenhaus „Hansa“

Max Müller, Lüdenscheid, Knapperstr. 19/21 am Karlsplatz.
Haltestelle der Omnibuslinien „Mark-Sauerland“ u. „Wupper-Sieg“.

Ingenieurschule Lage
Elektrotechnik, Maschinenbau, Automobilbau, Flugzeugbau, Heizungsbau, Kältetechnik, Landw. Masch., Radiotechnik

Bauschule
Stoff, anstrich v. Lipp, Architekturf., Tiefbau, Eisenbeton-, Stahlbau, Tonindustrie

Billig!

Frischer Rheinischer Kopfsalat
3 Stck. 25 Pfg.

Rübstil 1 Pack 4 Pfg.
Spinat Pfd. 5 Pfg.
1. Sorte Spargel . . Pfd. 45 Pfg.

Otto Weber, Halver.

Rheinberger
Der Name und Begriff für besterprobtes deutsches Fabrikat. Rheinberger-Rectosan, von Hunderhausenden getragene, der vorbildliche Gesundheits-schuh für alle empfindlichen Füße.

Fordern Sie Rheinberger Rectosan

Schuhhaus

W. Spieß, Halver
Fernruf 173.

Verkehrs-Verein Halver.

Zur **Mitglieder-Versammlung**

am Donnerstag, den 18. Mai abends 8 1/2 Uhr in der Bahnhofs-Wirtschaft Brandt ladet ein:

Der Vorstand.

T. B. Kierspe
e. B. 1879.

Samstag, den 13. Mai 1933, abends 8 Uhr im Vereinslokale **außerordentliche General-Versammlung.**

1. Richtlinien der G.
2. Wahl des i. Vorstehenden
3. Bezirksfest am 17.-18. Juni in Kierspe
4. Verschiedenes
Allseitiges Erscheinen erwartet.

Der k. Vorstand.

Sonntag, den 14. Mai 1933, **Handball-Gesellschafts-Spiel.**

Anwurf 14.30 Uhr
B. T. B. Überbrücke 2. — Kierspe 1879 2.
Anschließend
B. T. B. Überbrücke 1. — Kierspe 1879 1.
Der Spielwart.

Waschkörbe
Spantkörbe
Papierkörbe

empfehlen:

Wilh. Bell jr., Halver.